



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaindl, Raimund Friedr.: Die polnische Frage : Übersicht ihrer Entwicklung  
bis Mitte Juni 1917

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die polnische Frage

Überzicht ihrer Entwicklung bis Mitte Juni 1917

Von Dr. Raimund Friedr. Kaindl



Die letzten Jahrzehnten bestehen unter den Polen zwei Parteien. Die eine hält an der jagellonischen Idee (Polen vom Meer zum Meere) fest, die andere bewegt sich mit ihren Wünschen in erreichbaren Grenzen.\*)

Die extreme Partei konnte die Erfüllung ihrer Hoffnungen seit der Verjüngung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich nur auf die dritte Teilungsmacht setzen: nur Rußland konnte den beiden anderen alle einst polnischen Gebiete entreißen und sie mit Rußischpolen verbinden. Dies war ein Hauptgrund des wachsenden Russophilismus der Allpolen. Ihnen kam der russische Oberkommandierende Nikolai Nikolajewitsch mit seinem bekannten Aufruf an die Polen vom 1. August 1914 entgegen, worin er den „ersehnten Traum“ Polens zu verwirklichen versprach. Doch sollte dieses Polen in brüderlicher Vereinigung mit Rußland unter russischem Zepher erstehen.

Das letztere war nun durchaus nicht nach dem Geschmacke aller Polen. Diese verzichteten auf die Mitwirkung Rußlands, besonders da dessen vorübergehende Erfolge rasch zusammenbrachen. Sie hielten sich an die siegreichen Verbündeten. Einig waren sich diese Polen darin, daß eine Beanspruchung von Preußischpolen untunlich sei. Dagegen hofften alle auf eine Verbindung von Galizien mit dem neuen Polen. Wie aber diese zu gestalten sei, darüber herrschte wieder Uneinigkeit.\*\*\*) Die einen — die unpraktischen Politiker — dachten an ein selbständiges Polen, das mit Deutschland und Österreich im Bundesverhältnis stehen sollte. Die nüchtern denkenden polnischen Führer — wie die Krakauer Konservativen — sahen sofort ein, daß Österreich seine größte Provinz nicht abtreten könnte und daß daher eine Verbindung dieses Gebietes mit Polen nur erfolgen würde, wenn die von Rußland abgetrennten Gebiete Polens mit Galizien zu einem einheitlichen staatlichen Organismus im Rahmen des österreichischen Kaiserstaates vereinigt werden. Diesen Standpunkt billigte nach dem Falle von Warschau das Oberste Polnische Nationalkomitee (August 1915). Man darf annehmen, daß für diese Entschliebung nicht nur die Niederlage

\*) Darüber mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“, 2. Auflage (Leipzig, Teubner).

\*\*) Auch darüber mein „Polen“.

Rußlands, sondern auch das Bewußtsein der realdenkenden Polen sprach, daß der Aufbau eines selbständigen Staates auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Die deutschen Ausführungen über diese Frage, insofern sie überhaupt positive Vorschläge brachten, waren zumeist undurchführbar. Es mag genügen hervorzuheben, daß von reichsdeutscher Seite wohl unbedingt auf weitere Erwerbungen polnischer Lande Verzicht geleistet wurde und daß auch hier sich Stimmen fanden, die einer Unterstellung Polens unter die habsburgische Monarchie das Wort redeten, also sich mit dem Wunsche der gemäßigten Polen begegneten. Dieser Plan hat auch in Österreich den meisten Anklang gefunden. Die Rettung Polens durch Übergang an die Habsburger war schon zu verschiedenen Zeiten erörtert worden. Auch in Ungarn fanden sich Stimmen für diese Lösung. Erinnert sei daran, daß Graf Julius Andrássy schon kurze Zeit nach der Verlautbarung des oben erwähnten Aufrufes des Obersten Polnischen Nationalkomitees in der „Neuen Freien Presse“ vom 12. September 1915 die polnischen Forderungen billigte. Er führt darin aus, daß die befreiten Polen einen staatlichen Körper mit gesicherter staatsrechtlicher Individualität und polnischer Regierung bilden müßten. „Wird (dieser Staat) unserer Monarchie angegliedert, so müßte er einen einheitlichen Körper mit Galizien bilden.“ Auch die österreichischen Deutschen kamen diesen Anschauungen sehr nahe; sie waren der Ansicht, daß Galizien mit den etwa neu zu erwerbenden angrenzenden Gebieten („Nordostgebiet“) innerhalb der Donaumonarchie eine weitgehende Sonderstellung erhalte; seiner Selbstverwaltung sollten im ganzen nur Rücksichten auf die gesamtstaatlichen Interessen Schranken auferlegen. Zu diesem Schritte wurden die Deutschösterreicher zumeist dadurch veranlaßt, daß sie auf diese Weise die Polen auf gute Art aus dem Wiener Parlament herauschaffen wollten, ein Wunsch, der bekanntlich schon seit 1882 („Pinzer Programm“) bestand und übrigens auch den schon 1868 geäußerten Absichten der Polen entsprach. Vom polnischen Programm unterschied das deutsche unter anderem folgender bemerkenswerter Umstand: um Ordnung und Ruhe in Galizien zu schaffen, billigten die Deutschen den Wunsch der Ruthenen, daß Ostgalizien eine selbständige ruthenische Provinz im Rahmen der Monarchie werde. Die Polen forderten dagegen das „unteilbare Galizien“. Ferner war man sich in den deutschen Kreisen bewußt, daß auch in dieser Form die polnische Frage, deren gewaltige Schwierigkeiten schon Maria Theresia geahnt hatte, mitten im Kriege nicht zu lösen sei. Man wußte, daß die polnischen Führer nicht einig sind und daß von radikalen, russophilen Elementen Quertreibereien zu befürchten seien; ebenso boten verschiedene andere Fragen (Angelegenheiten der Ruthenen, Juden, Arbeiter und Bauern, wirtschaftliche Belange) die größten Schwierigkeiten. Daher war die Ansicht verbreitet, daß vorläufig diese Gebiete militärisch zu verwalten seien, bis ruhigere Verhältnisse die Lösung möglich machen und die Politik Rußlands andere Bahnen einschlagen würde. Eine entsprechende Vertretung

dieser Anschauungen in der Öffentlichkeit ist leider durch die Zensur unmöglich gemacht worden.

So kam die Entscheidung vom 4. November 1916, die — wie es heißt — vom deutschen Reichskanzler gewollt wurde. Darüber und über die möglichen Beweggründe ist wohl jede Erörterung unzeitgemäß. Genug: es war den Polen gegen die Absicht der gemäßigten, realen Politiker ein selbständiger Staat gegeben. Da Österreich unter diesen Umständen Galizien an dieses Polen nicht angliedern konnte, wurde ein weiterer Ausbau der (schon seit 1868 bestehenden) Sonderstellung Galiziens in Aussicht gestellt.

Diese Maßregeln konnten von den deutschen Blättern nur mit einer gewissen Zurückhaltung beurteilt werden.\*) Selbstverständlich war ein Teil mit dem Geschehenen gar nicht einverstanden. Aber man sieht es auch den Ausführungen jener, die die Maßregel billigten, an, daß sie die Schwierigkeiten ahnten. Man suchte sich damit zu helfen, daß die Verantwortung abgewälzt wurde, weil die Polenfrage zum endgültigen (?) Abschluß gebracht wurde, ohne daß vorher Erörterungen in der Presse möglich waren. Man mahnte die Polengegner, daß sie sich mit der Tatsache abfinden und ein neues Blatt ihrer Polenpolitik aufschlagen mögen. Man suchte die Polen an ihre frühere Leidenszeit zu erinnern und sie nunmehr zur friedlichen Zusammenarbeit mit den Deutschen zu gewinnen. Man hörte sagen, daß den Polen der deutsche Krieg unter unsäglichen Opfern von deutschem Blut und Gut die Freiheit gebracht habe, die sie trotz aller Aufstände und Emigrantenarbeit selbst nicht erreichen konnten; das müßten sie dankbar anerkennen und sich nach Westen orientieren. Auch wies man darauf hin, daß sie im Ausbau der ihnen überlassenen Gebiete soviel schwierige und dankbare Arbeit fänden, daß sie sich damit begnügen und nicht sich selbst unüberwindliche Schwierigkeiten schaffen würden. Die polnischen Blätter jubelten; für sie war plötzlich ein freies Vaterland aus dem Reiche der Ideale herabgestiegen. Von den Händen fielen die Ketten und die Dornenkrone wurde zum königlichen Diadem . . .

Aber bald sollte es sich zeigen, daß jene Recht hatten, die vor einer überstürzten Lösung der Polenfrage gewarnt hatten und die Schaffung eines selbständigen Polen für verfehlt hielten.\*\*)

In Polen selbst zeigten sich bald die vorhergesehenen Schwierigkeiten. Eine offenbar gut unterrichtete Korrespondenz im „Schwäbischen Merkur“ meldet am 5. Februar: „Es ist schon oft der Zweifel ausgesprochen worden, ob die Polen zur Behauptung der ihnen in letzter Zeit eingeräumten Stellung die nötigen Kräfte, vor allem die nötige Einigkeit aufbringen würden. Äußerungen aus polnischen Kreisen lassen diese Befürchtungen sehr berechtigt erscheinen. Es wird

\*) Eine Sammlung dieser Stimmen im Berliner „Echo“ vom 16. November 1916. Selbstverständlich gab es auch deutsch geschriebene Blätter, die Jubelartikel veröffentlichten; auf diese Sorte wird hier gar nicht Rücksicht genommen.

\*\*) Vgl. mein „Polen“.

geklagt, daß ein Teil der Landwirte, der städtischen Bevölkerung und der Arbeiterchaft nicht mittun will. Die Großgrundbesitzer scheuen sich vor demokratischen Strömungen, die durch die neuen Verhältnisse hervorgerufen werden könnten. Man fürchtet offenbar die Ansprüche der bisher unterdrückten Bauern. Ebenso besteht die Scheu vor einer Erhebung der Arbeiterschaft, die unbekümmert um nationale Ziele ihre eigenen Wege gehen will. Aber auch der Geistlichkeit ist man nicht sicher. Die Spaltung muß sehr beträchtlich sein, denn ein polnisches Organ äußert sich: „Entweder — Oder! Entweder stellen sich alle unsere Landwirte und der ganze Klerus auf die Seite des polnischen Staates oder es gibt für sie keinen Platz in Polen. Dann aber haben wir das Recht, sie als russische Untertanen anzusehen und zur Auswanderung nach Rußland zu zwingen.“ Das läßt sehr tief blicken, bietet aber für den Sachkundigen keine Überraschung. Ebenso wurde die Verschärfung der jüdischen Frage vorausgesehen. Tatsächlich werden von jüdischer Seite Klagen geführt über Mißhandlung der Juden durch Polen. Die jüdischen Stadtverordneten beginnen sich zu einheitlichem Vorgehen zu verbinden. Andererseits findet man in polnischen Blättern spaltenlange Artikel, die gegen die Juden, ihre Moral und die in ihren Schulbüchern enthaltenen Lehren gegen die „Gojm“ (Christen) wettern. Ebenso klagen diese polnischen Blätter über die Agitation der Ruthenen, gegen die Sonderstellung Galiziens. Sie werfen den Ukrainern vor, daß sie sich Rußland nähern, zusammen mit Dumaabgeordneten einen Entwurf für die ukrainische Autonomie in Rußland beraten und Beziehungen zur „alldeutschen Klique“ suchen. Schon wird auch allgemein davon gesprochen, daß sich unter den polnischen Demokraten gefährliche Elemente befinden, die unschädlich gemacht werden müssen. Der Schriftsteller Nowazinski soll den polnischen Staat in zahlreichen Flugschriften angreifen. Auch unter der hohen polnischen Geistlichkeit gibt es Unstimmigkeiten. Der Ton der polnischen Blätter läßt allgemein erkennen, daß wenig Zuversicht auf eine glatte Abwicklung der polnischen Bestrebungen vorhanden ist. Die Deutschen unter den Polen rüsten sich, ihre Rechte zu verteidigen. So fand vor einiger Zeit eine von zweitausend Deutschen besuchte Versammlung statt, die die Forderungen der Deutschen festlegte, und für sie Sicherheiten forderte. Diese müßten sich erstrecken auf Gewährleistung des Bürgerrechtes, Schutz der konfessionellen Freiheit, Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit im Staate, in der Stadt und auf dem Lande, Schutz der deutschen Arbeit, des uneingeschränkten Vereins-, Koalitions- und Versammlungsrechtes, und vor allem auf das Recht an der Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der niederen, mittleren und höheren deutschen Schulen im Lande. Ferner sei die Selbstverwaltung der wohltätigen Anstalten der Deutschen zu gewährleisten. Wie man sieht, lodert der nationale und religiöse Zwist in verstärktem Maße auf. Der Neuordnung der Verhältnisse entstehen daraus große Schwierigkeiten.“ Zu dem allen kommen die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen; man hörte wiederholt von Anleihen bei deutschen Banken. Schließlich versagte offenbar auch die Aufstellung eines polnischen Heeres.

Bald merkte man auch, welche Schwierigkeiten das neue Polen für Preußen bedeutete. Im März gab Graf v. Roon im preußischen Herrenhause der Befürchtung Ausdruck, daß Preußen sich damit eine schwere Last aufgeladen habe. Er wünschte, diese Frage könnte wieder zurückredigiert werden oder, wenn das nun nach der Proklamation nicht mehr möglich ist, dann müßte wenigstens dafür gesorgt werden, daß Polen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich ganz fest in unserer Hand bleibt. Bekannt ist, daß die Polen im Preußischen Abgeordnetenhause mit allerlei Ansprüchen hervortraten. Trotzdem der Abbau der preußischen Polenpolitik ohnehin anfing, gründeten sie die neue „Nationale Partei“ in Posen, zur nachdrücklichen Verfolgung der polnischen Interessen. Ja, die Verhältnisse verschärften sich derart, daß man geradezu schon vom Bestehen einer polnischen „Tribuna“ in Preußen spricht. Erwähnenswert ist auch, daß die bekannte in Wien herausgegebene Zeitschrift „Polen“ sich in die inneren Angelegenheiten des preußischen Staates einzumischen beginnt.

Einen noch bedeutend nachteiligeren Einfluß hatte die Schaffung des neuen Polens auf Österreich. War seit 1868 das, was jetzt die Regierung und die Deutschen Österreichs ihren Polen für Galizien anboten, deren höchste Sehnsucht, so zeigte es sich bald, daß sie jetzt mit dem Ausbau der Sonderstellung Galiziens nicht einverstanden waren. Schon im Januar 1917 konnte man aus verschiedenen Anzeichen schließen,\*) daß die polnischen Führer diese Angelegenheit nicht allzusehr förderten. Die galizische Handelskammer verschob die mit der Sonderstellung des Landes zusammenhängenden Beratungen auf unbestimmte Zeit. Es hatte sich offenbar gezeigt, daß Galizien ohne das österreichische Geld und ohne den Einfluß der Polen im österreichischen Parlament einer überaus schweren, wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Der Polenklub brachte diese Tatsache in etwas verblümter Weise damit zum Ausdruck, daß er als Ergänzung der politischen Landesautonomie die Gewährung einer solchen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit forderte, welche die kulturelle Entwicklung des Landes zum finanziellen und wirtschaftlichen Vorteil des Staates (welches?) gewährleisten würde. Wie weit die Forderungen der Polen an den österreichischen Staatsfächer gingen, ist nicht bekannt. Jedenfalls gingen sie überaus weit, so daß die Regierung nicht einwilligen konnte. Vor allem konnten den Polen die Petroleumquellen und Salzgruben nicht überlassen werden. Dazu kamen die scharfen Proteste der Ruthenen, die im sondergestellten Galizien noch mehr den Polen ausgeliefert worden wären und daher wieder die Abtrennung Ostgaliziens forderten. Ebenso haben die galizischen Deutschen, unterstützt von den anderen Karpathendeutschen, den völkischen Kreisen Deutschösterreichs, ferner den deutschen Abgeordneten (auch dem Herrenhause) die Sonderstellung zwar nicht bekämpft, aber die Wahrung der deutschen Rechte und der staatlichen

\*) Dies konnte ich schon am Schlusse meiner Ausführungen in der 2. Auflage von „Polen“ feststellen. Die Handschrift ging im Januar 1917 in Druck.

Interessen gefordert. Alle diese Umstände hätten die polnischen Politiker nicht dazu gebracht, daß sie den Kampf um die Sonderstellung Galiziens zurückstellten, wenn ihr eigentliches Ziel nicht die Verbindung Galiziens mit dem neuen Polen gewesen wäre. Daß dieses Polen entgegen den Absichten des Obersten Nationalkomitees ein selbständiger Staat geworden war, hatte selbstverständlich die galizische Frage überaus erschwert. Unter diesen Umständen gewannen die radikalen Elemente immer mehr Einfluß. Durch den Ausbruch der russischen Revolution wurden sie Herren der Lage.

Es ist ein merkwürdiges Schicksal unseres deutschen Krieges, daß er nicht nur den Polen die Freiheit brachte, sondern auch durch die Niederschmetterung der russischen Heeresmacht den Boden für die russische Revolution vorbereitete und dadurch in der Polen- und Ruthenenfrage uns neue Schwierigkeiten schuf.

Bekanntlich nahm die neue russische Regierung das Programm von Nikolai Nikolajewitsch auf. Sie verkündigte Ende März in ihrem Aufrufe an die Polen, daß die politischen Rechte, die die Mittelmächte ihnen gegeben haben, hinfällig seien und versprach die Schaffung eines aus allen Gebieten mit polnischer Bevölkerungsmehrheit gebildeten polnischen Staatswesens. Da aber dieser Staat im engsten militärischen Verbände mit Rußland stehen und eine nach Warschau einzuberufende „konstituierende Versammlung“ über die Regierungsform Polens entscheiden sollte, da aber vor allem die Russen nichts von den polnischen Ländern in Händen hatten, lehnten polnische Blätter und der Staatsrat mit verbindlichen Worten das russische Angebot ab (13. April). Manche Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß nicht alle Polen dieser Ansicht waren. So finden wir am 18. April eine polnische Blätterstimme, welche die Zurückweisung der russischen Proklamation mit folgender Bemerkung begleitet: „Jene Hoffnungen, die gewisse Kreise an das alte Rußland knüpften, seien (durch die Revolution) zunichte geworden, und allemerede über die bindende Kraft des Untertaneneides sei ein Ende gemacht.“ Daraus ist zu ersehen, daß man in Polen wieder gegen russophile Strömungen zu kämpfen hatte. Eine lehrreiche Illustration dazu bietet die Nachricht, daß der bekannte Josef Wilsudski, der ursprünglich die galizischen Legionen gebildet hatte und als künftiger Kriegsminister Polens genannt wurde, aus dem Warschauer Staatsrat zurücktrat und nach Rußland ging, weil ihm nicht alles in Polen nach Wunsch ging. In Rußland soll er an der Bildung eines polnischen Heeres beteiligt sein, in das auch die in Frankreich und Amerika gebildeten polnischen Legionen treten würden\*). Dazu kommt die Nachricht, daß der Warschauer Staatsrat am 1. Mai neue Forderungen erhoben und am 17. Mai (vorübergehend) seine Tätigkeit eingestellt hat, worauf am 10. Juni

\*) Die Nachricht von Wilsudski wird soeben dementiert. Aber schon der Bestand der französischen und amerikanischen Polenlegion beweist, daß die Polen noch immer uneinig sind und russophile Strömungen herrschen.

mit den bekannten Zugeständnissen der Mittelmächte geantwortet wurde (spätere Einsetzung eines Regenten, Übergabe einzelner Verwaltungszweige an die polnischen Ministerien usw.). In der Folge wurden auch beunruhigende Nachrichten von Vorgängen an der Warschauer Universität bekannt.

Wie in Polen machten sich auch in Galizien radikalere Strömungen bemerkbar. Schon oben ist bemerkt worden, daß der Verzicht auf die Erweiterung der Sonderstellung Galiziens von polnischer Seite darauf zurückzuführen ist. Damit hängt ferner der Rücktritt des Klubobmannes Belinski zusammen (13. Mai) und die Erschütterung der Stellung des polnischen Ministers Bobrzynski. Am 16. Mai hat der Polenklub die bekannte Resolution Tetmajer's (!) angenommen, die auf die Sonderstellung Galiziens verzichtete, dagegen als einziges Streben der polnischen Nation das unabhängige vereinigte Polen mit einem Zugang zum Meere bezeichnete. Zugleich beschlossen die Polen, zur österreichischen Regierung in Opposition zu treten. Am 26. Mai traten dieser Entschliebung nach einigem Zögern auch die vorsichtigen Krakauer Konservativen bei. Durch die gleichzeitig bekundete Solidarität mit den Polen in Schlessien verrieten die Polen, daß sie auch dieses Gebiet in Anspruch nehmen. Und am 12. Juni hat schließlich der neue Klubobmann, Lazariski uns mitgeteilt, daß die Polen deshalb in Opposition traten, weil die österreichische Regierung ihnen ihre Mitwirkung bei der Erreichung ihrer Zukunftspläne (Polen bis zum Meere!) versagte. Wir ersehen daraus, daß die Polen in den letzten Wochen in ihren Forderungen immer weiter gegangen waren und schließlich von der österreichischen Regierung geradezu Dinge begehrten, die sie in Gegensatz zu Deutschland gestellt hätten. Einige Tage später (15. Juni) gab der Abgeordnete Daszynski klar zu, daß der Zutritt Polens zum Meere durch Preußen gehen soll („durch ein Stück kanalisierte Weichsel zum Hafen von Danzig“). Wenn die Polen durch Lazariski verkünden lassen, daß ihr Streben mit dem Interesse der Zukunft Österreichs sich decke, und wenn Daszynski bemerkt, daß Polens Zugang zum Meere durch preussisches Gebiet Deutschland nur nütze, so ist kaum nötig zu sagen, daß gerade das Entgegengesetzte der Fall ist.

Im allgemeinen wird man sagen müssen, daß die polnische Frage durch die Vorgänge der letzten acht Monate von der angebahnten möglichen Lösung abgedrängt wurde. Gleichzeitig ist durch dieselben Umstände die Verschärfung der damit eng verknüpften Ruthenenfrage eingetreten. Ob ein Zurückfinden auf dem gangbaren Wege möglich ist, wird die Zukunft lehren.

